

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
Sehr geehrte Frau Beigeordnete,  
Verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
Meine Damen und Herren,

„The same procedure as every Year“ wie Sie Herr Oberbürgermeister in ihrer vorletzten Haushaltsrede formulierten.....

Lassen Sie mich von daher auch meine diesjährige HH Rede mit einem Zitat beginnen.

„Nur Finanzminister verdienen in der Politik einen Heiligenschein, denn sie verkünden eine wichtige Wahrheit. Diese lautet: Es ist kein Geld da (Manfred Rommel ehemaliger OB Stuttgart)“

Diesem Zitat von Manfred Rommel folgend, müsste unsere Kämmerin Silke Schmitt und Sie Herr Oberbürgermeister mit einem Heiligenschein nach Hause gehen. Die Zahlen die uns verkündet wurden sind alles andere als ein Vergnügen aber ich denke sie sind die Wahrheit.

Anrede

Uns treiben zurzeit die Themen der großen Politik um. Wir sehen die Stabilität der Welt in Gefahr. Nationalismus und Gewalt sind auf dem Vormarsch. Amerika, für mich bisher ein Garant der Freiheit und der Demokratie, geht einen ungewissen Weg. Europa droht sich selbst zu lähmen. Frankreich ist im Alarmzustand, man will gar nicht hinschauen. Viele Länder, denen man noch vor Jahren gute Zukunftsperspektiven zugesprochen hat, versinken im Chaos oder wandeln sich in autokratische Systeme. Aber auch in Speyer haben wir die große Zahl der Protestwähler der letzten Wahl – die möglicherweise auch Trump- Wähler wären - längst wieder vergessen. Zur Erinnerung: 15,3 % AfD- Wähler in Speyer, 30 % AfD- Wähler im Wahllokal 275 Mehrgenerationenhaus– das war vor wenigen Monaten in Speyer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn es ein ungeschriebenes Kapitel des Grundgesetzes gibt, das eine historische Lehre aus 1945 enthält, dann doch diese; eine Partei, die wieder völkisch denkt, die Rassenpolitik macht und die Krisen nicht lösen will, sondern die Krisen herbei sehnt: Eine solche Partei darf in Deutschland und hier bei uns in Speyer niemals mehr politische Bedeutung erlangen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Dieses sollte unser aller gemeinsames Ziel sein.

Speyer als Stadt ohne Rassismus darf und kann dies nicht tolerieren. Deshalb appelliere ich an Sie alle, gebt den braunen nicht die Hände, sondern steht auf für eine freie und solidarische Gesellschaft. Zivilcourage beginnt bei uns! Wir lassen uns weder verunglimpfen noch bedrohen – und ja es gibt in unserer schönen Stadt latenten Rassismus, Angriffe auf politisch Andersdenke bis hin zu Morddrohungen und Schmierereien an Parteibüros. Auch in diesen dunkeln Stunden steht die

Sozialdemokratie für Menschlichkeit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade deshalb sichern wir als SPD Fraktion dem Bündnis für Demokratie und Zivilcourage unsere volle Unterstützung zu.

Wir stehen auch zu Beginn des Jahres 2017 und in den nächsten Jahren in unserer Heimatstadt weiter vor großen Herausforderungen, die es gilt, gemeinsam mit der Bürgerschaft und der Verwaltung, hier im Rat zu meistern. Gerade in Zeiten, in denen sich viele Menschen bei Wahlen einfache Antworten wünschen, ist es unsere Aufgabe klar und deutlich herauszustellen, was wir tun, und auch darzulegen dass manches nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag.

Kernstück unseres kommunalpolitischen Engagements und auch meiner heutigen Haushaltsrede muss es sein deutlich zu machen, dass Politik, gerade in einer Stadt wie Speyer, Handlungsmöglichkeiten hat und diese auch aktiv nutzt, bei großen öffentlichkeitswirksamen Entscheidungen ebenso wie bei vielen kleinen richtigen und wichtigen Schritten, die wir als Speyerer Stadtrat und gerade auch als SPD-Fraktion auf den Weg gebracht haben und auf den Weg bringen werden.

Unsere vordringlichste Aufgabe muss es daher sein als gewählte Vertreter der Speyerer Bevölkerung unsere Stadt zukunftsfähig zu machen und uns den Herausforderungen stellen. Offensiv, klar und transparent zu argumentieren und deutlich zu machen, welche Wege wir gehen wollen um die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Es sind meines Erachtens wegweisende Herausforderungen, auf die ich in meiner Rede noch näher eingehen werde.

Lassen Sie mich vorab noch unseren Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble vom 04. November 2016 anlässlich der jüngsten Steuerschätzung zitieren.

*„Bund, Länder und Gemeinden sind solide finanziert und damit für die anstehenden Herausforderungen gut gewappnet“*

Und wenn der Bundesfinanzminister feststellt, die Gemeinden und Länder seien solide finanziert, dann wird das wohl auch stimmen! Eigentlich könnten wir jetzt alle nach Hause gehen.

Aber wie sieht dagegen die Wirklichkeit vor Ort aus?

Erst nach langen und zähen Verhandlungen der Länder mit dem Bund werden den Kommunen im Jahr 2017 bundesweit 1, 5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Für die Verteilung dieser zusätzlichen Mittel werden die kommunalen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 1 Milliarde Euro erhöht. Zudem übernimmt der Bund zusätzlich 500 Millionen Euro von den Kosten der Unterkunft SGB II.

Für die Gemeinden in Rheinland-Pfalz bedeutet dies rund 40 Millionen Euro mehr Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und rund 16 Millionen Euro geringere Belastung für die rheinland-pfälzischen Landkreise und kreisfreien Städte bei den Kosten der Unterkunft. Ferner haben sich Bund und Länder am 16. Juni 2016 auf eine vollständige Entlastung der Kommunen von den Kosten der Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im SGB II mit dem Bund verständigt. Für die Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz bedeutet dies eine Entlastung in 2016 in Höhe von knapp 20 Millionen Euro und rund 30 Millionen Euro in 2017.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nichts schönreden, Fakt ist aber auch dass sich Bund und Land bemühen die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu verbessern, natürlich auch auf Druck der kommunalen Spitzenverbände - das sollte hier auch einmal offen gesagt werden. Immer alles auf Bund und Land zu schieben finde ich etwas zu kurz gedacht – auf das ein- oder andere Gutachten hier in der Stadt könnte man durchaus verzichten. Von solide finanziert zu sprechen wie der Bundesfinanzminister dieses getan hat, finde ich allerdings etwas gewagt.

Anrede

### **Wohnraum schaffen für Alle**

Es bleibt für den sozialen Zusammenhalt in Speyer entscheidend, dass es weiter eine soziale Durchmischung in der Stadt gibt. Es sollen sich Menschen aller Einkommensgruppen leisten können, in Speyer zu Wohnen. Die Versorgung mit gutem und bezahlbarem Wohnen gehört mit zu der wichtigsten Daseinsvorsorge einer Kommune. Für die SPD-Fraktion ist es schon immer das erklärte Ziel, den wohnungsuchenden Menschen einen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen des Bundes und Landes, die die Kommunen unterstützen, entsprechenden Wohnraum schaffen zu können. Nur die Kommunen, also die Stadt, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, müssen dieses Angebot auch annehmen. Wohnen bedeutet für viele Menschen mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen findet auch in einem sozialen Umfeld statt, die gesellschaftlichen Entwicklungen müssen deshalb immer wieder neu in die Konzepte einfließen. Nach wie vor gibt es keine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt in Speyer.

Ich hatte bereits bei der Haushaltsberatung erwähnt, dass wir uns sehr schwer tun mit der Erhöhung der Grundsteuer. Daran hat sich bis heute auch nichts geändert. Wir wissen aber auch um unsere haushaltspolitische Verantwortung für die Stadt. Wir liegen mit den Grundsteuerhebesätzen aller Kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz an zweitletzter Stelle und weit unter dem Durchschnitt der Rheinlandpfälzischen Kommunen. Zudem sitzt uns die ADD seit Jahren im Nacken und fordert, dass wir unsere Realsteuern erhöhen um Schulden zu senken.

Ich sage aber auch deutlich, dass wir als SPD Fraktion in den nächsten 4-5 Jahren keiner weiteren Erhöhung der Grundsteuer zustimmen werden.

Die Bebauung auf dem ehemaligen Ziegeleigelände oder auch die Bebauung am Marienheim und einige andere Projekte mögen zwar den Wohnungsmarkt insgesamt erweitern, allerdings in einem sehr hohen Preissegment. Für eine wohnungspolitische Entlastung jüngerer Familien und Menschen mit mittlerem oder geringem Einkommen tragen diese Neubaumaßnahmen nicht bei. Für eine künftige Planung ist die folgende Feststellung wichtig: der Anteil der unter 18-jährigen ist rückläufig. Dagegen hat der Anteil der 45- bis 65-jährigen in Speyer erheblich zugenommen. Auch der Anteil der Senioren und Hochbetagten nimmt zu.

Damit auch wieder junge Familien nach Speyer kommen muss verstärkt bezahlbarer Wohnraum und bezahlbares Wohneigentum geschaffen werden. Das Mietniveau in Speyer ist durchgängig von 2010 bis 2014 um elf Prozent gestiegen. Die Ausnahmen bilden GEWO und die GBS. Wohnungsleerstände wie in Teilen anderer Kommunen gibt es nicht, im Gegenteil, die GBS kann die Wünsche von Wohnungssuchenden nicht in vollem Umfang erfüllen.

Ich denke die GBS wäre bereit, und ich kann hier nur als Aufsichtsratsmitglied der GBS sprechen, Gelände zu kaufen und mit Wohnungsbau zu beginnen

Gebetsmühlenartig wiederhole ich in jeder Haushaltsrede dieses Thema, da es uns weiterhin als SPD-Fraktion sehr wichtig ist, Herr Oberbürgermeister.

**Von daher fordern wir die Verwaltung auf und Sie Herr Oberbürgermeister, als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEWO, innerhalb von drei Jahren ein Wohnungsbauprogramm für bezahlbare Wohnungen für das Stadtgebiet Speyer aufzulegen, die Konversionsfläche ist dabei einzubeziehen. Es sollen im gesamten Stadtgebiet alle Möglichkeiten zur Schaffung von zusätzlichen Flächen für ein erweitertes Wohnraumangebot erfasst und genutzt werden, zum Teil ist dieses ja auch schon geschehen .Dazu gehören die Schließung von Baulücken, die Aufstockung von Gebäuden und die Sanierung im Bestand. Die Kaltmiete in diesen Wohnungen soll nicht mehr als 7,50 Euro je Quadratmeter betragen. Die Nebenkosten werden durch energetische Maßnahmen gesenkt.**

Ein ambitioniertes, Ziel das gebe ich gerne zu, aber wir müssen jetzt endlich „Nägel mit Köpfen“ machen, denn ich habe keine große Lust, das alles in 10 Jahren weiterhin gebetsmühlenartig zu wiederholen.

### **Bildung, Schulen und Kitas**

Die bestmögliche Bildung und Förderung für jedes Kind und jeden Jugendlichen, unabhängig von der Finanzkraft der Eltern, wird auch weiterhin das Ziel unserer sozialdemokratischen Politik, auch der Kommunalpolitik, bleiben.

Ich betone ausdrücklich: Investitionen für Kinder und Jugendliche sind auch volkswirtschaftlich gesehen gut angelegtes Geld, welches letztlich gut verzinst sein wird. Weniger Ausgaben für Sozialsysteme, verbessertes Einkommen durch einen höheren Bildungs- und beruflichen Abschluss und damit verbundene Einzahlungen in die Sozialversicherungen und Steuerzahlungen führen langfristig dazu, dass sich zum Beispiel jeder in Hilfen zur Erziehung investierte Euro mit drei Euro rechnet.<sup>1</sup>

Eine umfassende Bildung von Beginn an und ein guter Schulabschluss sind nach wie vor die Grundlagen für Aufstiegsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten, aber auch der mit entscheidende Schlüssel für die Verwirklichung individueller Chancen im späteren Leben.

Die SPD-Stadtratsfraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen und mithelfen, dass trotz schwieriger finanzieller Ressourcen, die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche weitestgehend geschaffen

---

<sup>1</sup>

werden, um auch gleiche Chancen für die Teilnahme an unserem durchschnittlichen Lebensstandard zu erhalten.

Jede zweite Alleinerziehende in Speyer ist armutsgefährdet. Dadurch besteht ein hohes Risiko eine körperliche und/oder seelische Erkrankung zu bekommen. Unter anderem auch durch die Armutsgefährdung bekommen Kinder kein gesundes, warmes Essen. Es kann nicht sein, dass es in Speyer Kinder gibt, die kein gesundes und warmes Essen bekommen, weil es sich die Eltern nicht leisten können. Aus diesem Grund muss die Möglichkeit bestehen, dass alle Kinder, die eine Einrichtung besuchen, auch ein Essen bekommen. Hier könnte eine der städtischen Stiftungen oder ein Fonds für die Kinder aufkommen.

Zu den Integrativen Kindergartenplätzen: Trotz Erweiterung der Gruppenanzahl in der Kita „Pusteblume“ sind die Plätze für Kinder mit einer Behinderung in Speyer nicht ausreichend. Es werden noch integrative Plätze benötigt mit entsprechenden Räumlichkeiten und entsprechendem qualifiziertem Personal

Die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen hat hohe Priorität. Schulen, Kitas und die anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen stehen bei uns mit an vorderster Stelle.

Wir zollen unseren Respekt vor dem Kollegium des Gymnasiums am Kaiserdom, das sich auf den Weg gemacht hat, eine Mittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler einzurichten. Jedoch benötigt Speyer weiterhin dringend ein richtiges Ganztagesgymnasium. Was wurde bisher getan, um das auf den Weg zu bringen? Wir hören wiederkehrend den Satz, das müsse ein Speyerer Gymnasium beantragen. Jedoch graut es vielen Lehrerinnen und Lehrern vor den Bedingungen, die da seitens der Stadt bisher in Aussicht gestellt wurden. Wir erinnern daran, dass in Bezug auf das Doppelgymnasium von Behelfsmensen in ehemaligen Klassenräumen des Studienseminars gesprochen wurde. Wer will da noch eine GTS einrichten? Und: wer würde sein Kind in solch eine Ganztags-„Verwahrung“ geben? Wir bitten die Stadt darum zu prüfen, was das Land an Mitteln in Aussicht stellt, um eine wirkliche Ganztagsbetreuung und nicht nur eine Verwahrung gewährleisten zu können. In anderen Kommunen sind große helle Mensen errichtet worden, die zudem zu Aulen umfunktioniert werden können. Warum soll das nicht auch in Speyer gehen? Die Aussicht auf entsprechende bauliche Maßnahmen würde die Chance, dass sich mindestens eine Schule fände, um die GTS zu beantragen, um ein Vielfaches erhöhen. Wir fordern die Einsetzung eines Runden Tisches, um die baldige Einrichtung eines Ganztagesgymnasiums zu ermöglichen.

Die Arbeit der Schulsozialarbeit wird immer wichtiger, um Kinder frühzeitig in der Schule aufzufangen und ihnen schulische und sozialen Kompetenzen zu vermitteln und sie zu stärken. Wir brauchen genügend Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an allen Speyerer Schulen, auch im Hinblick auf die notwendige Integration der Geflüchteten.

Wir benötigen dringend ein Verkehrskonzept rund um die Speyerer Schulen, was im Interesse eines sicheren Schulweges benötigt wird. Neben notwendigen Standortentwicklungen erfordert ein zeitgemäßer Schulstandort auch eine Lösung für die bestehende Verkehrsplanung rund um die Schulen. Beispielsweise könnte der Bring- und Abholverkehr durch so genannte „Abholerflächen“ entlastet werden.

Genauso wichtig sind gute Bildung und Betreuung aber auch für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes Speyer. Es sind Erfolgsfaktoren, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht. Wer sich als Auswärtiger für ein Jobangebot in Speyer oder in der Region entscheidet, schaut inzwischen genau darauf, wie es hier um die Schulen und Kindergärten bestellt ist. Gleiches gilt für Unternehmen: Sie erwarten inzwischen ein erstklassiges Angebot an Bildung und Betreuung bevor sie eventuell Investitionen tätigen. Bildung und Betreuung sind deshalb auch Wirtschaftsförderung. Sie sind Erfolgsfaktoren, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht.

**Deshalb beantragen wir, eine Onlineplattform für Kitaplätze in der Stadt einzurichten, um die Kitaplatzsuche für alle Beteiligten zu erleichtern. Die Konzeptionierung soll unter Beratung im Jugendhilfeausschuss erfolgen. Als Vorbild und Ideengeber könnte die Onlineplattform [www.kitaportal.de](http://www.kitaportal.de) der Stadt Trier dienen. Ein Austausch mit der Stadt Trier oder anderen Kommunen hält die SPD Fraktion für sehr sinnvoll.**

## **Stellenplan**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie hatten wie im vergangenen Jahr in Ihrer Haushaltsrede das Thema Personal angesprochen. Lassen Sie mich hierzu ein paar Worte sagen:

Den Stellenplan 2017, den wir heute beschließen setzt Schwerpunkte in den Bereichen der hauptamtlichen Feuerwehkräfte, das ist eine positive und sachgerechte Entwicklung, die zu unserer Sicherheit in der Stadt beiträgt. Auch der gesteigerte Bedarf an geeigneten Betreuungsplätzen stellt einen weiteren Schwerpunkt des Stellenplanes dar. Die Schwerpunkte begrüßen wir als SPD Stadtratsfraktion ausdrücklich.

Allerdings fehlt uns ein Ausbau des Stellenplanes in den Bereichen „Öffentliche Ordnung“ mit nur einer neuen Planstelle – gerade hier ist dringender Handlungsbedarf geboten, was die öffentliche Ordnung mit Kontrollen betrifft. Bedauerlicherweise konnten wir keine Stellenmehrung in den Bereichen Stadtgrün und Friedhof feststellen und ich füge dieses Jahr in dieser HH Rede die Bauabteilung mit hinzu. In den vergangenen Jahren wurde zu oft auf dem Rücken der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen konsolidiert – verbunden damit waren hohe Belastungen der Mitarbeitenden, zu hohe Krankenstände und somit auch ein schlechterer Service für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Es gibt Kommunen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die haben jetzt die Reißleine gezogen, wie zum Beispiel Ihre Kollegin Frau Dr. Eva Lohse in Ludwigshafen. Man hat verstanden, dass wichtige Projekte nur mit zusätzlichem Personal umgesetzt werden können.

Auch deshalb appelliere ich an Sie, Herr Oberbürgermeister: die schwarze Null kann nicht Leitmotiv für unser politisches Handeln sein. Soziale Verantwortung und gesellschaftlicher Zusammenhalt sollten unser Motor sein.

Womit ich auch gleich beim nächsten Thema, dem Speyerer Friedhof wäre:

## **Friedhof**

Bereits bei der Haushaltsrede 2013 hatte ich das Thema Friedhof angesprochen. Ich hatte dieses bewusst getan - um das vermeidliche Tabuthema auf die Agenda zu bringen – was mir damit auch gelungen ist.

Friedhöfe erleben einen tiefgreifenden Wandel, sei es in der Trauer- oder Friedhofskultur. Manche Rituale werden von vielen Menschen nicht mehr als hilfreich und sinnvoll empfunden. Friedhöfe sind Teil einer grünen Vernetzungskultur, Menschen nutzen sie als Park zum Spaziergehen – sie dienen der Erholung der Menschen.

Der Wandel hat auch vor dem Speyerer Friedhof nicht halt gemacht, viel zu spät wurde unseres Erachtens mit dem Umsteuern begonnen - und bis heute ist dieses in vielen Köpfen noch nicht angekommen. Dank unserer neuen Dezernentin gibt es mittlerweile die Arbeitsgruppe Friedhof, der vorher monotone Angehörigenraum wurde renoviert. Aber auch der Sozialraum für die Mitarbeiter wurde endlich an die Bedürfnisse angepasst. Es gibt allerdings noch vieles zu tun, ein Konzept alleine reicht nicht aus, um den Friedhof auf Vordermann zu bringen, denn dazu benötigt man Personal, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, und dieses ist leider nicht ausreichend vorhanden.

Anrede

## **Konversion**

Für die SPD-Fraktion steht fest, die Konversion bietet enorme Potentiale für die weitere Entwicklung unserer Stadt: Die Möglichkeit, unser Zusammenleben nachhaltig zu gestalten, wird es auf absehbare Zeit in diesem Maße kein zweites Mal mehr geben. Ein neuer Stadtteil kann entstehen, verschiedene Optionen zur Gestaltung dieser Fläche kann sind hier möglich. Dazu muss der Konversionsausschuss auch regelmäßig tagen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, und gemeinsam die gewünschten Entwicklungen planen. Wir dürfen nicht eines Tages von Entscheidungen von anderer Stelle überrascht werden und sind dann nicht handlungsfähig. Jetzt ist die Zeit, zu planen und uns vorzubereiten.

## **Grünflächenpflege und Sauberkeit**

Ich hatte vor einem Jahr bei der Verabschiedung des Haushaltes 2016 ausgeführt, dass unsere Grünflächen und Parks ein hohes Gut sind. Die Sicherung, der Ausbau des Grüns sind eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung, der Stadtbildpflege und unserer umweltpolitischen Verantwortung. Ich sage dies auch heute, da in der letzten Zeit die Grünflächenpflege in unserer Stadt immer wieder aus der Bürgerschaft kritisiert wird.

Ich betone ausdrücklich, dass diese Kritik nicht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Grünbereichs gerichtet wurde und gerichtet ist, denn diese leisten im Rahmen der gegebenen und vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen eine gute Arbeit, wie man Tag ein Tag aus, sehen kann. Auch in diesem Bereich ist die personelle Unterbesetzung zu erkennen.

Ich hatte auch im vorigen Jahr angeregt dass wir uns damit in den zuständigen Ausschüssen wie dem Bau- und Planungsausschuss sowie dem Umweltausschuss befassen um **ein Gesamtkonzept für die Grüngestaltung bei uns in Speyer zu erarbeiten, das allen Belangen der Stadt mit den Stadtteilen, aber auch der Umsetzbarkeit im städtischen Haushalt Rechnung tragen soll. Ich wiederhole von daher nochmals meine Forderung, sich mit diesem Thema ausführlich zu befassen.**

### **Saubere Stadt**

Ein weiteres Thema, welches in der Öffentlichkeit immer wieder angesprochen und diskutiert wird, ist die Reinigung und Sauberkeit in der Stadt.

Ein Thema, das sich einfach anhört, aber auf Grund vieler zu beachtenden Einzelheiten, so rechtliche Vorgaben und Gesetze, u. a. auch Arbeitszeitverordnungen, sehr komplex und vielschichtig ist. Auch hier sollten sich die einzelnen Fachausschüsse mit beschäftigen. Die Zielsetzung sollte klar beschrieben sein, **ein neues Straßenreinigungskonzept gemeinsam zu erarbeiten, das sowohl den gesetzlichen Aspekten, den steigenden Anforderungen aus der Bürgerschaft hinsichtlich der Sauberkeit und dem Service, aber auch den Anforderungen im Hinblick auf die demographische Entwicklung der Gesellschaft Rechnung tragen soll. Natürlich stets im Blick, auch eine Berücksichtigung der Gebührenentwicklung für die Bürgerinnen und Bürger.**

Jetzt kann man uns natürlich entgegen, die SPD stellt doch die Dezernentin für diese Bereiche – das stimmt. Allerdings sage ich hier auch klar und deutlich – was jahrelang in diesem Dezernat versäumt wurde, kann man innerhalb eines Jahres nicht wieder auf Vordermann bringen.

### **Verkehr und Lärm**

Der Verkehr hat sich in den Stadtteilen aber auch in der Innenstadt und in den verschiedenen Industriegebieten wie West, Ost und Süd weiter stark verschärft – das hängt zum Teil auch mit den unkoordinierten Baustellen zusammen. Aber auch die Kapazität des bestehenden Straßennetzes in und um Speyer reicht definitiv nicht mehr aus, um weiteren Zuliefererverkehr für LKWs aufzunehmen. Die Stadt stößt jetzt schon an den Rand der Belastbarkeit. Womit ich auch bei meinem Lieblingsthema wäre, Herr Oberbürgermeister.

Vor bereits drei Jahren haben wir den Vorschlag zur weiteren Hafennutzung unterbreitet, über den Ölumschlag hinaus eine Umschlagstelle für feste Güter und Schwerlasten zu errichten. Auch damals hatte ich Ihnen schon Fördertöpfe des Bundes genannt, da es hierzu ein entsprechendes Programm des Bundesverkehrsministeriums gibt. Dieses ist geschehen vor dem Hintergrund der Ansiedlung von Daimler-Benz mit einem riesigen Logistikzentrum das von der Firma Syncreon betrieben wird. Prognosen zu Folge - das wurde uns bei Gesprächen mit Syncreon und Daimler-Benz mitgeteilt - sollen bis Ostern 2017 über 460 LKWs mit Containern über die städtischen Straßen zur Verschiffung nach Germersheim oder Ludwigshafen rollen. Beide Firmen, und das füge ich ausdrücklich hinzu, sind



offen für einen Güterumschlag bei uns in Speyer. Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist dieses unseres Erachtens nicht mehr tragbar. Herr Oberbürgermeister, Sie sind jetzt hier am Zuge.

### **In unseren Stadtteilen Leben und Wohnen**

Wohnen in guter Nachbarschaft, sozialer Zusammenhalt und reges Vereinsleben, kulturelle Vielfalt und starke Zentren mit attraktivem Handel sind Ausdruck funktionierender Städte, Gemeinden und Stadtteile, die das Lebensumfeld der Menschen prägen und ihnen Heimat sind. Als Wohnort stehen Sie in direkter Konkurrenz zu den Gemeinden im Umland. Von daher ist es unabdingbar diese Zentren in der Mitte der Stadtteile aufzuwerten. Deshalb auch unser Antrag zum Heinrich-Lang-Platz, wo wir als SPD Fraktion erwarten, das in 2017 mit der Planung begonnen und die Bewohnerinnen und Bewohner von Speyer Nord mit einbezogen werden. Meine Fraktion wird auch darauf achten, dass wir die Nahversorgung in den Stadtteilen erneut in den Blick nehmen

**Von daher werden wir uns auch weiterhin als SPD Stadtratsfraktion vehement für einen attraktiven Lebensmittelmarkt mit Frische-Artikeln auf dem Gelände des ehemaligen Bauhauses einsetzen, denn unsere Stadtteile bleiben nur mit einer funktionierenden Nahversorgung stark und lebendig.**

**Ein Nahversorgungskonzept wie es uns andere Kommunen vormachen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ist von daher unabdingbar.**

**Die SPD Stadtratsfraktion besteht auf den Beschluss des Bau- und Planungsausschusses vom.....**

Die Frage, wie wir eine hohe Lebensqualität in der Stadt erhalten, werden wir in den kommenden Jahren intensiv diskutieren müssen. Für uns als SPD Fraktion steht außer Frage, dass dabei die Kommune aktiv handeln und eingreifen muss.

Wir brauchen neue Antworten für ein erträgliches Stadtklima, weil wir uns besonders den Menschen verpflichtet fühlen, die in verdichteten Stadtteilen wie Speyer-West leben. Diese Menschen werden besonders mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert und für diese Menschen müssen wir Antworten für ein besseres Klima in der Stadt finden.

**Der Schutz von Grünflächen, keine weiteren Versiegelungen von Flächen, gute Naherholungsmöglichkeiten die wir unseres Erachtens in einem erheblichen Maße ausbauen müssen: All das sind Angebote für hart arbeitende Familien, für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wir machen Politik für Familien, die nicht jedes Wochenende zum Kurzurlaub auf dem Land unsere Stadt verlassen, sondern für diejenigen, die auf Speyer wirklich angewiesen sind, die auf ein gesundes, sauberes und sicheres Speyer vertrauen.**

### **Kultur**

Neben dem Kulturhof, der städtischen Galerie als Einrichtungen im kulturellen Bereich ist es für uns wichtig die kulturelle Vielfalt in Speyer zu erhalten. Deshalb legen wir als SPD Fraktion viel Wert darauf, auch die vielen, kleinen Kulturangebote zu unterstützen. Die Kultur in einer Stadt lebt von der Vielfalt ihrer Angebote. Dafür machen wir uns auch weiterhin stark.

Dabei sehen wir uns allerdings auch aufgefordert, ständig kritisch zu prüfen, ob bestehende, kulturelle Institutionen, Projekte und Initiativen noch zeitgemäß sind und unsere Unterstützung brauchen. Gleichzeitig sind wir offen für neue Ideen im kulturellen Bereich.

Im Anschluss an die Haushaltsreden beraten wir - hoffentlich über alle Fraktionsgrenzen hinweg - einen Antrag zur Erinnerungskultur in Speyer. Ich bedanke mich schon jetzt bei Sabrina Albers und Dr. Anja Rasche, dass Sie das Thema Erinnerungskultur und damit verbunden auch die „Stolpersteine“ erneut auf die Agenda gebracht haben. Bereits bei der Veranstaltung in der Heiliggeistkirche war zu erkennen, wie einen enormen Zuspruch das Thema Erinnerungskultur in Speyer hat.

Ein Blick auf den Bürgersteig - man bleibt stehen, bückt sich, verbeugt sich, liest einen oder mehrere Namen. Die Geburts- und Todesdaten einer Frau, eines Mannes oder Kindes. Man hält inne, für einige Augenblicke spürt man Entsetzen. Bis der Verstand es erfasst: Aus diesem Haus sind Bewohner während der Nazizeit verschleppt worden. Hier liest man keine anonymen Zahlen, hier wird an individuelle Schicksale erinnert. Die meisten wurden in Konzentrationslagern ermordet, nur wenige kamen zurück.

Aber Stolpersteine sollen nicht nur an während der Shoah Zeit ermordete Menschen jüdischen Glaubens erinnern. Nein, auch an Überlebende, politisch Verfolgte sowie Widerstandskämpfer wie zum Beispiel Emma und Jakob Schultheis, Berthold Böttigheimer, Alfred Cahn und viele, viele andere Menschen hier bei uns in der Stadt.

Stolpersteine sollen die Erinnerungskultur nicht ersetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie sollen sie unseres Erachtens ergänzen, wie den mittelalterlichen Judenhof, aber auch das Mahnmal an der ehemaligen Synagoge, das ausschließlich an die Ermordeten der Shoah erinnert.

Bereits im Jahre 2007 hatte meine Fraktion einen Antrag für die Verlegung von Stolpersteinen hier im Rat eingebracht. Zu dem damaligen Zeitpunkt leider ohne Erfolg. An die Debatte erinnere ich mich persönlich lieber nicht mehr zurück. Deshalb freut es mich umso mehr, dass bei vielen hier im Rat ein Umdenken stattgefunden hat - und wir heute mit breiter Mehrheit, wie ich hoffe, den Weg für eine neue Erinnerungskultur mit Stolpersteinen bei uns in der Stadt freimachen werden.

### **Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft**

Bei uns in Speyer engagiert sich eine große Zahl von Menschen ehrenamtlich in ganz verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Sie sind in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig und sind damit lebendige Vermittler und Mitträger des Gemeinschaftsgedankens. Ohne die Hilfe dieser Menschen würden viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens kaum mehr existieren.

Bürgerschaftliches Engagement ist meines Erachtens auch in der heutigen Zeit, eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt schafft soziales Kapital und trägt zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Es ist für uns wichtig, den zahlreichen

Aktivitäten der Bürger, die es in unserer Stadt gibt, Rückhalt und Entfaltungsraum zu bieten. So bieten wir – wo immer es möglich ist – unsere Unterstützung an.

Wir wissen, dass es Parteien gibt, die den Haushalt einer Kommune mit dem eines Wirtschaftsunternehmens gleichstellen und wiederkehrend die Kürzung der freiwilligen Leistungen fordern. Diese Parteien bewegen sich jenseits der Realität, denn ganz im Gegenteil: **wir müssen jede Möglichkeit nutzen, um diese Leistungen zu erhöhen!** Einrichtungen, die auch von den freiwilligen Leistungen leben, sind unverzichtbar und leisten, meist auf ehrenamtlicher Basis, einen immensen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Wenn sich diese Parteien, die das mit ihren Forderungen aufs Spiel setzen wollen, mit dieser Thematik näher auseinandersetzen, würden sie sehen, dass hier kräftige Erhöhungen erforderlich sind, um beispielsweise Vereine am Laufen zu halten. Jede Einsparmaßnahme in anderen Bereichen, muss dafür genutzt werden, um unsere Ehrenamtlichen in ihrem so wichtigen Tun zu unterstützen.

#### **Zusammenfassend möchte ich festhalten:**

Wirtschaftlicher Strukturwandel, die demografische Entwicklung und die Integration von Menschen werden unsere Stadt weiterhin fordern. Wir wollen mithelfen und dazu beitragen, sie als lebenswerte und sichere Heimat zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Wir müssen die Bildungs- und Betreuungsangebote für unsere Kinder – insbesondere auch im Kleinkindalter – verbreitern und verbessern. Viele soziale Integrationsprobleme sind auf ein zu spätes Erkennen und fehlendes Gegensteuern bereits im vorschulischen Alter zurückzuführen. Der Zugang zu Bildung und Wissen ist für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zugleich die entscheidende soziale Frage. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass niemand wegen seiner sozialen, ethnischen oder kulturellen Herkunft zurückbleibt. Wir sehen die Notwendigkeit unsere Stadt auch Kinder- und familienfreundlicher zu gestalten.

Solidarität zwischen den Generationen ist eine elementare Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen in unserer Gesellschaft. Gerade die Kommunalpolitik muss diese Solidarität fördern und stärken. Dazu gehört, soziale Unterstützungsnetze zu verbessern und drohender Isolation entgegen zu wirken. Wir brauchen eine aktive Bürgergesellschaft, in der Verantwortung für das Gemeinwohl freiwillig übernommen wird. Hier wird es auch darauf ankommen, vor allem den wachsenden Anteil aktiver Senioren in noch stärkerem Maße zur Mitarbeit zu gewinnen.

Für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt müssen wir Fortschritte bei der Integration der Einwanderer und der bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erreichen. Einwanderer sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie haben schlechtere Bildungschancen - Ausländische Jugendliche haben schlechtere Chancen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ihnen müssen wir Chancen bieten, ihr Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Gleichzeitig bedarf es klarer Orientierung auf die Regeln, Normen und Werte unserer Gesellschaft.

Wir brauchen weitere städtebauliche Konzepte für die Innenentwicklung unserer Stadt. Wenn unsere Stadt lebenswert bleiben soll, müssen für die Wiedernutzung abgerissener Gebäude und Flächen, neue Qualitäten und Perspektiven geschaffen werden.

Wir müssen die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen und uns dafür einsetzen, dass der eigene Wohn- und Lebensort als sichere Heimat und Zuhause empfunden werden kann. Viele Menschen fühlen sich durch Kriminalität, Vandalismus und lautstarkes Auftreten kleiner Minderheiten im öffentlichen Raum bedroht. Hier muss mit den vorhandenen Gesetzen und Verordnungen, dem subjektiven Sicherheits-Gefühl der Bürgerinnen und Bürger und deren Ängsten und Bedenken angemessen und wirkungsvoll Rechnung getragen werden. Denn viele Menschen, gerade Ältere, sehen sich durch die empfundene Bedrohung in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Architektenblatt der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe November 16 ist ein interessanter Artikel über das Thema „Gemeinsam für Qualität“ veröffentlicht.

Ich darf daraus zitieren: **„Städte und Regionen stehen im Wettbewerb um junge Köpfe. Die gewerbliche Wirtschaft, das Handwerk und auch die freien Berufe schauen inzwischen sorgenvoll auf den Fachkräftemarkt. Längst genügen monetäre Anreize nicht mehr, um Menschen an ein Unternehmen, eine Stadt, eine Region zu binden. Infrastruktur und Lebensqualität, eine als attraktiv erlebte Stadt, Bildung, Kultur, Freizeit und Sport entscheiden den Wettbewerb um Fachkräfte mit“**. Zitat Ende

Dies gilt sicherlich auch für uns in Speyer.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss bleiben mir Worte des Dankes.

Die SPD bedankt sich bei den vielen Speyerer Institutionen, Initiativen, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern, die durch Ihre Anregungen die Arbeit der SPD unterstützen. Wir bitten diejenigen, deren Wünsche wir nicht berücksichtigen können, um Verständnis.

Ein herzliches Wort des Dankes geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, ihrer Betriebe und Gesellschaften für ihre engagierte und kompetente Arbeit zum Wohle unserer Stadt.

Ein besonderes Dankeschön der Stadtkämmerin Silke Schmitt, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltes.

Der Dank gilt auch Ihnen Herr Oberbürgermeister, Ihnen Frau Bürgermeistern und Ihnen Frau Beigeordnete.

Und nicht zuletzt ein Wort des Dankes an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, für die Zusammenarbeit in der Vergangenheit und hoffentlich auch in der Zukunft.

Ich habe eingangs meiner Rede gesagt, wir stehen auch zu Beginn des Jahres 2017 und in den nächsten Jahren in unserer Heimatstadt weiter vor großen Herausforderungen, die es gilt, gemeinsam mit der Bürgerschaft und der Verwaltung hier im Rat zu meistern.

Willy Brandt hat einmal treffend gesagt: „Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten - zum Guten und Bösen. Nichts kommt von selbst. Darum - besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

In diesem Sinne: **VERTRAUEN WIR IN DIE ZUKUNFT UNSERER STADT** und bündeln die Kräfte für einen klaren und verantwortungsvollen Kurs für unser Speyer.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimmt dem heute vorliegenden Haushalt, wie immer mit der Einschränkung Flugplatz, zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.